

**Der Beschluss des ABS am 4.11.2019 zum Thema „Sichere Häfen“ lautet:**

**„ Die Stadt Soest erklärt sich zum Sicherem Hafen und tritt der Potsdamer Erklärung im Bündnis „ Städte Sicherer Häfen“ bei.“**

**Das Ergebnis der Abstimmung: 6 Stimmen für den Antrag, bei 7 Enthaltungen**

### **Beitritt der Stadt Soest zu dem Bündnis „Sichere Häfen“ - Stellungnahme der Verwaltung**

#### Ungewisse Rahmenbedingungen:

Aufgrund der aktuellen Situation und fehlenden rechtlichen, finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Verteilung und Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen kann zurzeit keine eindeutige Aussage darüber gemacht werden,

- ob und wie viele Menschen über das Bündnis „Sichere Häfen“ zusätzlich zur kommunalen Aufnahmequote aufgenommen werden müssen und
- ob und in welcher Höhe die Kosten für die Versorgung dieser Personen vom Bund erstattet werden.

Nach aktuellem Informationsstand gibt es (noch) keine klare Regelung für die Verteilung und Aufnahme der aus Seenot geretteten Menschen. Bisher wurden diese in der Regel über das bestehende System nach festem Verteilschlüssel und nicht zusätzlich zur Quote zugewiesen. In wenigen, noch nicht überschaubaren Einzelfällen wurden Kommunen des Bündnisses „Sichere Häfen“ Schutzsuchende zusätzlich zum bestehenden Zuweisungssystem zugewiesen.

Die Kosten der Versorgung der zugewiesenen Personen wurden bisher durch den Bund in Höhe der Regelpauschale (10.000 Euro pro Geflüchteten pro Jahr) erstattet. Die Finanzierung ist allerdings (noch) nicht offiziell geregelt. Die Kosten für die Stadt Soest für die Versorgung von Geflüchteten belaufen sich pro Geflüchtetem und Jahr auf ca. 13.000 Euro. Sollten Schutzsuchende zusätzlich zur Zuweisungsquote zugewiesen werden, bleibt ein gewisser finanzieller Aufwand.

#### Unterschiedliche Möglichkeiten sich zu positionieren:

Es ist zu differenzieren, ob die Stadt Soest,

- a. dem Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“ betritt.

Mit dem Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ unterzeichnet die Stadt Soest die Potsdamer Erklärung. Das bedeutet auch die Bereitschaft der Stadt Soest, aus Seenot gerettete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen.

- b. sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt.

In diesem Fall folgt die Stadt Soest den Forderungen der SEEBRÜCKE. Sie muss mindestens eine Forderung mittragen, kann einen Teil der Forderungen unterstützen oder sich zu allen Forderungen bekennen.

Die Erklärungen anderer Städte zum „Sicheren Hafen“ gehen in ihren Forderungen unterschiedlichen weit. Andere Städte erklären sich zur Aufnahme grundsätzlich bereit, allerdings nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Verteilregelung, aber nicht zusätzlich zur Verteilungsquote.

#### Empfehlung der Verwaltung:

Aufgrund fehlenden Informationen und (noch) nicht bestehenden Strukturen und Regelungen zum Aufnahmeverfahren, kann einer Beteiligung der Stadt Soest an der Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zum bestehenden Zuweisungssystem nicht empfohlen werden. Viele Faktoren und Rahmenbedingungen können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt und mit Blick auf Folgewirkungen und –kosten nicht bewertet werden.

Darüber hinaus sieht die Verwaltung die Möglichkeit, sich zum „Sicheren Hafen“ zu erklären und sich damit öffentlich solidarisch mit Menschen auf der Flucht zu erklären, sich für sichere Fluchtwege einzusetzen und die Seenotrettung zu unterstützen.

Zu folgenden Forderungen kann sich die Stadt aus Sicht der Verwaltung ohne unabsehbare Folgewirkungen und –kosten erklären: Die Stadt Soest...

- erklärt sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.
- setzt sich für sichere Fluchtwege ein, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
- Positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer.
- setzt sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen ein.
- setzt sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen ein, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.
- sorgt für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine

menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

Daher empfiehlt die Verwaltung, dass sich die Stadt Soest zum „Sicheren Hafen“ erklärt, dabei aber die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote zu diesem Zeitpunkt nicht als Ziel bzw. Forderung formuliert.